Zeitschrift: Mitteilungen über Textilindustrie : schweizerische Fachschrift für die gesamte Textilindustrie

Herausgeber: Verein Ehemaliger Textilfachschüler Zürich und Angehöriger der Textilindustrie

Band: 64 (1957)

Heft: 1

Rubrik: Handelsnachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nylonpreise. — In der letzten Nummer unserer «Mitteilungen» wurde unter der Rubrik «Handelspolitische Nachrichten» darauf hingewiesen, daß der an England, Frankreich und Deutschland verlorengegangene australische Markt für Nylon-Rohgewebe vielleicht hätte erhalten werden können, wenn die Preispolitik der Nylonspinnereien etwas elastischer gewesen wäre. Die Société de la Viscose Suisse in Emmenbrücke macht uns nun darauf aufmerksam, daß sie stets mit den am Australien-Export interessierten Webereien in Verbindung war und es nicht an Beweisen fehlen ließ, wie sehr es ihr daran gelegen war, preislich den Anschluß zu finden. Es ist richtig, daß die Viscose Emmenbrücke für das Australiengeschäft stets Verständnis zeigte, aber dennoch war es nicht zu vermeiden, daß die englische und französische Konkurrenz die schweizerische Weberei aus dem Felde zu schlagen vermochte, und nicht zuletzt wegen der tieferen Garnpreise. Da der Export in anderen Ländern nirgends mehr als 20 bis 30 Prozent der Gesamtproduktion ausmacht, bei den schweizerischen Webereien aber sogar 90 Prozent der Nylongewebe für die Ausfuhr bestimmt sind, erhält deshalb die Viscose Emmenbrücke bei gleicher Exportförderung wie im Ausland weniger als der deutsche, französische oder englische Spinner.

Wir wollen auch anerkennen, daß die Viscose Emmenbrücke — trotz der steigenden Produktionskosten und Preiserhöhungen für amerikanische Nylongarne — letzthin einen Preisabschlag in Kraft gesetzt hat und ähnlich wie die deutschen Spinnereien für gewisse besonders hart umkämpfte Nylon-Rohgewebe ein besonderes preisliches Entgegenkommen dokumentierte.

Leider werden diese verdankenswerten Anstrengungen der Nylonspinnereien durchkreuzt durch die kürzlich bekanntgegebenen Tariferhöhungen der Veredlungsindustrie, die vielleicht vom Kostenstandpunkt aus betrachtet verständlich sind, aber dazu führen werden, daß die ohnehin schon hart umkämpften Geschäftsmöglichkeiten im Kunstfasersektor noch weiter schwinden und sich damit auch die Schwierigkeiten für die Ausrüstindustrie nur vergrößern.

Rationalisierung verlangt Verständnis der Kundschaft. — Immer wieder wird der Weberei vorgeworfen, sie rationalisiere zu wenig und sei deshalb nicht genügend konkurrenzfähig. Wem einmal Gelegenheit geboten wurde, den Fabrikationsgang eines Seiden- oder Kunstfaserstoffes zu verfolgen, wird Verständnis für die Belange seines Lieferanten aufbringen, die in Unkenntnis der produktionstechnischen Verhältnisse leicht ignoriert werden.

Eine zweckmäßige Rationalisierung ist nur möglich, wenn auch die verkaufsmäßigen Bedingungen die Ausnützung der technischen Gegebenheiten gestatten. Ueberforderungen an Qualitätsausfall, an die Lieferzeiten und die Quantitäten lassen sich mit einer Rationalisierung des Betriebes nicht in Einklang bringen.

Sollen die Automaten richtig eingesetzt werden, dann müssen sie Mengen produzieren können. Kleindispositionen, wie sie heute an der Tagesordnung sind, benötigen aber zeitraubende Umstellungen und stets neue Einrichtungen der Maschinen. Wenn sich der Kunde schon nicht zu größeren Dispositionen entschließen will, sollte wenigstens Verständnis für längere Termine erwartet werden dürfen, die es dem Lieferanten ermöglichen, mehrere Aufträge zu sammeln und zu einer Partie zusammenzufassen, die rationell den Produktionsprozeß durchlaufen kann. Auch die Weberei ist gezwungen, rechtzeitig Rohstoffe zu disponieren, wenn sie nicht Gefahr laufen will, in Materialschwierigkeiten zu geraten, so daß es als kein unbilliges Verlangen gilt, wenn sich vor allem auch die Konfektion frühzeitig über ihren Bedarf klar wird und nicht erst in dem Augenblick, wo die Kleidungsstücke schon auf den Versand warten.

Handelsnachrichten

Europäische Freihandelszone

F. H. Die Verkündung des Planes zur Schaffung einer europäischen Freihandelszone durch den britischen Schatzkanzler war eine mutige Tat. Hoffentlich bleibt es aber nicht bei einer aus einer gewissen Verärgerung gegenüber den USA entstandenen Demonstration oder einem Schachzug, um die ohne die Beteiligung Großbritanniens allzu rasch vorwärtstreibenden Verhandlungen über den gemeinsamen Markt der Montanunionsländer zu irritieren und zu lähmen, in der stillen Hoffnung, daß bei einem allzu großen Wirrwarr von Vorschlägen überhaupt nichts zustande kommt.

Nehmen wir nun an, die neue Initiative werde nicht im Sande verlaufen, sondern zum Ziele führen, dann eröffnen sich zweifellos höchst bedeutungsvolle Zukunftsaussichten. Ein Markt von 250 Millionen Konsumenten ohne irgendwelche Schranken bedienen zu können, würde selbstverständlich eine großzügige Arbeitsteilung und vielleicht sogar die Uebertragung der so viel gerühmten amerikanischen Produktionsmethoden auf europäische Verhältnisse erlauben.

Die so stark exportorientierte Seidenindustrie kann grundsätzlich von der Schaffung eines größeren freien Marktes nur gewinnen. Allerdings dürfen auch die Schwierigkeiten nicht übersehen werden. Bei einer innereuropäischen Zollfreiheit würden selbstverständlich zahlreiche Unternehmen auf sehr unsanfte Weise gezwungen, sich umzustellen, ihre Tätigkeit aufzugeben oder sich Großbetrieben anzuschließen. Firmen oder Industriebranchen, die nur im Schatten massiver Zölle gedeihen konnten, haben bei einer Freihandelszone keine Aussicht, am Leben zu bleiben.

Selbstverständlich könnte eine solche Idee nur allmählich verwirklicht werden. Der Abbau der Zölle soll ja dann auch schrittweise auf verschiedene Jahre verteilt werden. Auch wird man mit Anpassungs- und Schonfristen und mit Umstellungserleichterungen und Stilllegungshilfen operieren müssen. Aber auch trotz solcher Maßnahmen wird es nicht möglich sein, die Früchte einer solchen Integration zu ernten, ohne wehzutun.

Wie sieht nun eine solche Freihandelszone wirtschaftlich aus?

Bekanntlich unterscheidet sich eine Freihandelszone von einer Zollunion dadurch, daß die Binnenzölle zwischen den Zonenländern wegfallen, die Länder jedoch in der Gestaltung ihrer äußern Zolltarife gegenüber Drittländern frei sind. Es wird also nicht verlangt, daß sich die Partner auf einen gemeinsamen Tarif gegenüber der Umwelt einigen. Sie können gegenüber den USA oder Japan hohe oder niedrige Zölle anwenden oder irgendwelche Präferenzen beibehalten. Das ist ja auch einer der Gründe, weshalb Großbritannien glaubt, seine Unterstützung überhaupt gewähren zu können.

Diesen Vorzügen der Freihandelszone stehen nun aber auch Nachteile gegenüber. Da die äußere Zollpolitik der verschiedenen Mitglieder der Zone nicht vereinheitlicht

Die Redaktion der «Mitteilungen über Textil-Industrie»
dankt
allen Mitarbeitern im In- und Ausland für die ihr im vergangenen Jahre geleisteten guten Dienste, den Abonnenten für ihre Sympathie und Treue, den geschätzten Inserenten für die erteilten Aufträge und der Firma Orell Füssli-Annoncen AG. für ihre stets rege Werbetätigkeit. Mit unserem Dank übermitteln wir allen Freunden der Fachschrift

herzliche Glückwünsche zum neuen Jahr!

Wir hoffen und wünschen, daß das begonnene Jahr bei friedlicher Arbeit und gegenseitigem guten Willen, der sicher bei allen Völkern vorhanden ist, der ganzen Menschheit zum Wohle und Segen werden möge.

MITTEILUNGEN über TEXTIL-INDUSTRIE
Die Schriftleitung

wird, bleiben natürlich auch die Belastungsunterschiede für jene Produkte bestehen, die aus Uebersee, Osteuropa oder Asien nach den Mitgliedstaaten der Freihandelszone eingeführt werden. Das hat zur Folge, daß sie bei jenem Land hereinströmen werden, das die niedrigsten Zölle aufweist, um alsdann von hier aus zollfrei in die Gebiete mit den höheren Zöllen zu gelangen.

Es liegt auf der Hand, daß gegen eine solche Möglichkeit Abwehrmaßnahmen ergriffen werden. Insbesondere müßten wohl für alle Güter Ursprungszeugnisse ausgestellt werden, da man ihnen sonst ja nicht ansieht, ob sie von einem Partnerland stammen oder von außen her importiert wurden. Die Einsparung an Verwaltungsaufwand, was ein bedeutender Vorteil der Freihandelszone wäre, bliebe eher bescheiden.

In diesem Zusammenhang dürfte sich für unseren Handel noch ein anderer Umstand als von einiger Tragweite erweisen. Bei der Einfuhr von Rohgeweben aus einem Nicht-Zonenland, die in einem Zonenland weiter verarbeitet werden, müßte festgelegt werden, ob solche Waren als Zonenware und damit zollfrei zu erklären wären. Dieses Problem ist vor allem deshalb von Bedeutung, weil der Verarbeiter von eingeführten Rohgeweben bei Zollrückvergütungen oder Zollfreiheit im Falle des Exportes billiger kalkulieren kann, als wenn die Ware im Inland verarbeitet wird und auch im Inland auf den Markt gelangt. Solche merkwürdigen Dinge müßten aller Wahrscheinlichkeit nach in der Weise geregelt werden, daß einmal in allen Zonenländern einheitliche Bestimmungen über die Zollfreiheit und Zollrückerstattung für im Transit veredelte Waren aufgestellt würden. Weiter wäre ein einheitlicher Ursprungsbegriff nötig, der zum Beispiel den Grad der Werterhöhung im Bearbeitungsland regeln müßte. Daß in dieser Beziehung schon bestimmte Ideen bestehen, zeigen Aeußerungen in der deutschen Textilpresse, wo bereits verlangt wird, daß asiatische Rohgewebe nur dann zollfrei in Zonenländern eingeführt werden können, wenn sie im ersten Zonenland so bearbeitet worden sind, daß ihr Wert um mindestens 75 Prozent gestiegen ist. Man sieht, daß das Aushandeln der Prozentsätze, die für das Nationalisieren einer Ware entscheidend sein werden, eine heikle Angelegenheit werden dürfte.

Welche hauptsächlichsten Bedingungen müssen nun zunächst erfüllt sein, um überhaupt das Funktionieren eines europäischen Marktes sicherzustellen?

Das wichtigste Erfordernis wird eine gemeinsame Währungsgrundlage sein. Die noch bestehenden Kaufkraft-Disparitäten müssen beseitigt werden. Der Generaldirektor der Amsterdam'schen Bank, ein Kenner der Probleme der europäischen Integration, erklärte letzthin an einem Vortrag in Zürich über die «BENELUX als ein Beispiel wirtschaftlicher Integration» folgendes: «Wenn die beteiligten Länder den Zustand des monetären Gleichgewichtes nicht aufrecht erhalten können oder nicht bereit sind, von den andern — wenn nötig — nicht konvertible Währungen in Empfang zu nehmen, braucht man nicht an eine wirtschaftliche Integration zu denken.»

Die Europäische Zahlungsunion wird also in irgendeiner Form dem europäischen Markt die währungspolitische Stütze weiterhin bieten müssen.

Eine weitere Voraussetzung für das Zustandekommen einer Freihandelszone wird die Ausklammerung der landwirtschaftlichen Produkte sein. Kein Land, mit Ausnahme der typischen Agrarländer, wie vielleicht Dänemark, wird sich bereiterklären können, auf den Zollschutz seiner Agrarproduktion zu verzichten, und zwar aus dem naheliegenden Grund der Erhaltung einer nationalen Versorgungsbasis. Eine Ausnahme für die landwirtschaftlichen Produkte wird deshalb nicht zu umgehen sein.

Von einer letzten Voraussetzung für das Zustandekommen der europäischen Freihandelszone sei noch kurz die Rede, nämlich von der Haltung des GATT. Auf Grund der GATT-Bestimmungen, die ja bekanntlich auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung und Nichtdiskriminierung beruhen, sind neue Präferenzen — um solche würde es sich bei einer Freihandelszone handeln — denkbar, wenn die Zölle gegenüber den Nichtpartnern der Freihandelszone gleich bleiben wie vor der Inkraftsetzung der Zonenvereinbarung. Nicht so ohne weiteres ist die Reaktion der außereuropäischen Mitglieder des GATT zu beurteilen. Die letzte GATT-Sitzung in Genf hat zwar einen kleinen Vorgeschmack hinterlassen. Eine Reihe amerikanischer und asiatischer Länder wittern nämlich im Zusammenschluß Europas einmal eine stärkere Abschließung gegenüber den außereuropäischen Ländern und dann auch eine Erstarkung der europäischen Industriestaaten, und nicht zuletzt eine Verschärfung des Konkurrenzkampfes zwischen den autonomen und den unselbständigen Ueberseegebieten, sofern der Einbezug der Kolonialgebiete Europas in die Zollfreihandelszone Wirklichkeit würde. Es werde — so wird endlich argumentiert — mit der Freihandelszone ein neuer Block geschaffen, der auch seine politischen Konsequenzen haben müßte.

Wie steht es nun mit den Aussichten für die Verwirklichung einer europäischen Freihandelszone?

Die Schwierigkeiten, die dem dargelegten Projekt von Frankreich in den Weg gelegt werden, zeigen vielleicht am drastischsten, was für Anstrengungen noch nötig sein werden, um den Schritt von den Projektstudien zur Verwirklichung der Freihandelszone zu wagen.

Frankreich verlangt nämlich nichts anderes, als daß seine Löhne und Sozialgesetze in ganz Europa Gültigkeit erhalten, bevor die Importzölle gesenkt oder der Gemeinschaftsmarkt errichtet wird. Frankreich erklärt auch in aller Form, daß es mit Rücksicht auf das mangelnde finanzielle und wirtschaftliche Gleichgewicht auf die Exporthilfe und auf die Einfuhrabgaben nicht verzichten könne. Die angestrebte Harmonisierung der Sozialgesetzgebung hätte nun zur Voraussetzung, daß in allen europäischen Ländern folgende in Frankreich bereits erfüllte Forderungen übernommen werden müßten:

1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ohne Unterschied des Geschlechtes
2. Ueberall 40-Stunden-Woche
3. Einheitliche Familienzulagen wie in Frankreich
4. Gesetzlicher Mindestlohn
5. Drei Wochen bezahlte Ferien für alle Arbeitnehmer

Diese Sonderwünsche der französischen Arbeitgeber und Gewerkschaften finden in den bisherigen Beratungen bereits ihren Niederschlag. Alle nur erdenklichen Vorsichtsmaßnahmen werden in den Ausschüssen der OECE in Form von Ausweichklauseln geprüft, so daß die Freihandelszone — wenn sie überhaupt zustandekommt — eine ziemlich geschmeidige und biegsame Gestalt erhalten wird.

Ob das Projekt einer europäischen Freihandelszone schließlich eines Tages — trotz der sich abzeichnenden Widerstände — verwirklicht werden wird, dürfte wesentlich auch davon abhängen, ob der gemeinsame Markt der Montanunionstaaten zustandekommt. Man muß sich immer wieder daran erinnern, daß das britische Bestreben, die Freihandelszone zu verwirklichen, unter anderem auf die Fortschritte zurückzuführen ist, die der gemeinsame Markt der sechs Montanunionsländer in der letzten Zeit, wenigstens auf dem Papier, zu machen schien. Vielleicht beurteilt man in London die Lage so, daß die Perspektiven eines gemeinsamen Marktes der Montanunionsländer für die britische Industrie bedrohlich werden können und daß man eben deshalb versuchen sollte, sich durch eine Freihandelszone ein Gegengewicht zu schaffen. Wenn sich nun erweisen sollte, daß der gemeinsame Markt der Montanunionsländer eine Illusion darstellt und in absehbarer Zeit nicht Wirklichkeit wird, ist auch sehr fraglich, ob auf britischer Seite und in anderen europäischen Ländern der Wille fortbestehen wird, wenigstens die europäische Freihandelszone zu retten.

Es ist aber dennoch zu hoffen, daß aus den zurzeit in verschiedenen internationalen Gremien diskutierten zahlreichen Zollabbau-Vorschlägen etwas Positives herausschaut und nicht ein Scherbenhaufen zurückbleibt, der für lange Zeit alle Bestrebungen auf Zollabbau in Europa lahmlegen könnte.

Der Weg zur europäischen wirtschaftlichen Integration wird lange und mühsam sein. Wenn jedes Land starr an den eigenen nationalen Interessen festhält und nur gewillt ist, allein die aus der Freihandelszone zu erwartenden Vorteile zu akzeptieren, dann steht der Mißerfolg von vornherein fest. Es gilt auch hier der Spruch: «Il faut vouloir les conséquences de ce que l'on veut!»

Schweizerischer Seidenstoff-Großhandels- und Exportverband. — Am 30. November fand in Zürich die 38. ordentliche Generalversammlung des Schweizerischen Seidenstoff-Großhandels- und Exportverbandes statt. Einleitend äußerte der Präsident, R. Brauchbar, den zahlreich erschienenen Mitgliedern einige Gedanken zur gegenwärtigen politischen und geschäftlichen Lage. Er ehrte den heroischen Freiheitskampf des ungarischen Volkes mit eindrücklichen Worten, worauf sich die Versammlung zum Zeichen des tief empfundenen Mitgefühls von den Sitzen erhob. Bei dieser Gelegenheit konnte mitgeteilt werden, daß die Zürcherische Seidenindustrie-Gesellschaft und die ihr angeschlossenen Verbände dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz einen Betrag von 7500 Franken zugunsten der Ungarnhilfe überweisen konnte. Der Vorsitzende kam alsdann auf einige besondere Erscheinungen des Geschäftsjahres 1955/56 zu sprechen, das sich für die Manipulanten und Großhandelsfirmen durch eine Reihe von Schwierigkeiten auszeichnete. Er beanstandete vor allem die allzu kurzfristigen Dispositionen der Abnehmer, die unsern Mitgliedern eine ruhige und stabile Vorausplanung verunmöglichen. Seit einiger Zeit liefert China keine Honangewebe mehr, was einzelne Firmen, die sich auf diesen Artikel spezialisiert haben, empfindlich berührt. Uebergehend zu den Exportschwierigkeiten, befaßte sich der Vorsitzende vor allem mit den unerfreulichen Zuständen im Export von Seiden- und Kunstfasergeweben nach Frankreich. Wenn auch die im Handelsvertrag mit Frankreich vom Oktober 1955 festgelegten Ausfuhrkontingente für Textilien gegenüber früher ein wenig erhöht werden konnten, so steht doch fest, daß den Exporteuren bei weitem nicht genügend Kontingente zugeteilt werden konnten, um ihnen zu erlauben, die eingegangenen Bestellungen abzuwickeln. Die Generalversammlung beschloß nach gewalteter Diskussion einstimmig folgende Resolution:

> «Die ordentliche Generalversammlung des SSGE vom 30. November 1956 stellt fest, daß die im französisch-schweizerischen Handelsvertrag vom Oktober 1955 vereinbarten Ausfuhrkontingente für Gewebe aller Art viel zu klein sind, um den Begehren der Exporteure entsprechen zu können. In einem Zeitpunkt, wo der Abschluß von Exportgeschäften ohnehin immer schwerer wird, empfindet es die Generalversammlung um so stoßender, daß der in Frankreich vorhandenen Nachfrage nach schweizerischen Geweben mangels Kontingenten nicht entsprochen werden kann. Es ist unbegreiflich, daß Frankreich nach wie vor dem schweizerischen Wunsche auf Zusammenlegung der zahlreichen Gewebekontingente im Sinne einer rationelleren Ausnützung nicht entsprochen hat, was zeigt, daß es nicht Devisenknappheit, sondern protektionistische Ueberlegungen sind, welche die bisherige starre Haltung der französischen Behörden begründen.
>
> Nachdem es Frankreich, dank der schweizerischen Politik der «offenen Tür» gelungen ist, seinen Absatz von Seiden- und Kunstfasergeweben in der Schweiz seit 1950 zu verdreifachen, ist der schweizerischen Seidenindustrie und dem Handel jede Erweiterung ihrer Absatzmöglichkeiten durch die rigorose Kontingentierung verwehrt geblieben.
>
> Die Generalversammlung erwartet, daß die höchst unbefriedigenden Verhältnisse im Textilverkehr mit Frankreich endlich im Sinne einer freieren Gestaltung des Warenverkehrs verbessert werden, wobei es allerdings nicht die Meinung haben kann, die Kontingentierung durch unvernünftige Zölle oder sonstige Abgaben zu ersetzen.»

Im Anschluß an die Abwicklung der geschäftlichen Traktanden gab Dr. F. Honegger einen Ueberblick über die anläßlich der letzten GATT-Konferenz in Genf getroffene Vereinbarung für den Beitritt der Schweiz zum GATT. Wenn auch den Wünschen der schweizerischen Delegation, die allerdings eine ständige und nicht befristete Entbindung von der Anwendung gewisser GATT-Bestimmungen verlangte, entsprochen worden ist, so ist doch darauf hinzuweisen, daß der Vorbehalt der Weiterführung von Einfuhrbeschränkungen als handelspolitische Waffe gegenüber renitenten Vertrags- oder Verhand-

lungspartnern nicht angenommen wurde. Die schweizerische Delegation mußte sich damit abfinden, daß unser Land gemäß den GATT-Satzungen nur die Möglichkeit hat, sich über einen ungebührlich aufführenden Partner beim GATT zu beschweren. Es ist einleuchtend, daß dieses Beschwerde-Verfahren reichlich kompliziert ist und sich insbesondere als Waffe für Vertragsverhandlungen bei weitem nicht mehr so gut eignet wie die Drohung des sofortigen Erlasses von Einfuhrbeschränkungen. Zusammenfassend stellte Dr. Honegger fest, daß die schweizerischen Unterhändler in Genf einiges, aber nicht alles erreicht haben. Die eigentlichen Entscheide sind nur aufgeschoben, indem die Schweiz eingeladen wurde, während der vorläufigen zweijährigen Dauer ihrer Mitgliedschaft mit den GATT-Partnern eine definitive Lösung vor allem der Agrarschutzprobleme zu suchen. Eine «Halbmitgliedschaft» der Schweiz im GATT mit Dauercharakter dürfte auf Grund der bisherigen Besprechungen im GATT kaum möglich sein. Anschließend schildert der Referent die Gründe, die nach seiner Meinung es nicht rechtfertigen, mit allzu großem Optimismus den Zollverhandlungen im GATT entgegenzusehen. Es ist allerdings zu hoffen, daß der Schweiz von einem Teil der GATT-Mitglieder Verständnis entgegengebracht wird, weil es ihnen daran liegen sollte, das Gewicht derjenigen Länder, die nicht das schmückende Beiwort «unterentwickelt» oder «zahlungsbilanzschwach» für sich in Anspruch nehmen können, um eine bedeutsame Stimme zu vermehren. In einem zweiten Teil seines Vortrages kam Dr. Honegger auf die Vor- und Nachteile der Schaffung einer Europäischen Freihandelszone zu sprechen, worüber in einem besondern Artikel berichtet wird.

Als Abschluß der Generalversammlung hielt P. Ostertag ein Referat über: «Einige Eindrücke von einer Ostasienreise». Der Referent verstand es sehr gut, in einer äußerst anregenden Weise der Versammlung einzelne Eindrücke von seiner letztjährigen Japanreise im Zusammenhang mit einer Tagung der Internationalen Seidenvereinigung in Tokio zu vermitteln. Auf besonderes Interesse stießen seine Ausführungen über die Art und die tiefere psychologische Bedeutung der japanischen Schriftzeichen.

Rückgang der britischen Wollgewebeausfuhr. — Die einst an der Spitze der Weltrangliste figurierende britische Wollgewebeausfuhr, auf die mit Recht das ganze britische Reich stolz war, hat auch im Jahre 1956 ihren Abstieg fortgesetzt und wird alle Mühe haben, den dritten Rang in der Weltausfuhr behaupten zu können. Während im Jahre 1938 monatsdurchschnittlich noch 114 Millionen Quadratyard ausgeführt werden konnten, waren es 1953 nur mehr 59 Millionen, 1955 46 Millionen und in den ersten neun Monaten 1956, für welche bisher die offiziellen Statistiken vorliegen, gar nur mehr 39 Millionen, das ist nahezu nur noch ein Drittel der 1938 verzeichneten Menge, die damals schon ein Absinken unter die einst stolze Höhe der ersten Vorkriegszeit bedeutete. Die Ausfuhrentwicklung in den einzelnen Monaten war folgende:

	1956	1955
	(Mill. Quadratyard)	
Januar	41	60
Februar	39	52
März	40	54
April	38	46
Mai	41	45
Juni	38	25
Juli	40	42
August	38	56
September	33	46
9 Monate:	348	426

Die neuerliche Abnahme im Berichtsabschnitt erreicht 18,3 Prozent. Tatsächlich begegnen die einst so begehrten «englischen Stoffe» immer stärkerer Konkurrenz und diese kann dabei auf sehr gute Qualitätserzeugnisse hinweisen. Zum andern aber hat die englische Textilwirtschaft auch Auslandsmärkte verloren, die heute weitgehend auf Selbstversorgung übergegangen sind. Richtet sich doch die Industrialisierung in bisher auf den Import angewiesenen Ländern in erster Linie auf die Textilwirtschaft als dem vordringlichsten Bereich der Konsumwirtschaft nach Nahrungsmitteln. lst.

Aus aller Welt

Produktionsspitzen der westdeutschen Textilindustrie

von Dr. Hermann A. Niemeyer

Die westdeutsche Textilindustrie erfreute sich 1956 eines neuen Produktionsanstieges. Es war das fünfte Jahr des Aufschwungs seit Ueberwindung der Korea-Krise. Die Erzeugungszahlen sind insgesamt und in den meisten Branchen neue Spitzen. Der arbeitstägliche Produktionsindex (1936 = 100) wird höchstwahrscheinlich einen Monatsdurchschnitt von rund 195 erreichen (i. V. 181,7); das entspräche einem Jahres-Fortschritt von über 7% (8,1).

Textileinzelhandel im Aufschwung

Ungünstige Wetterperioden haben keinen *entscheidenden* Einfluß auf die Produktion ausgeübt. Das zeigt noch mehr der Aufschwung der Bekleidungsindustrie. Das ständig gestiegene Masseneinkommen hat sich neben andern Gütern den Spinnstoffwaren wieder stärker zugewendet. Der ungewöhnliche Nachfragestoß seit der Suez-Krise war teils ein Zeichen gehobenen Verbrauchs, teils einer vorsorglichen Vorratswirtschaft vieler Haushaltungen. Der Textileinzelhandel konnte bis November (mit den üblichen Abweichungen von Betrieb zu Betrieb) die entsprechenden Umsatzwerte des Vorjahres um 11% überholen; der Dezember wird nach den vorliegenden Berichten das Gesamtbild mit freundlichen Farben vollenden; Experten sprechen von einer Abrundung der Jahres-Zuwachsrate auf mindestens 12%.

Je Einwohner 50 Prozent mehr erzeugt als 1936

Ein Jahres-Produktionsindex der Textilindustrie von 195, der nach den unruhigen Schwankungen im 1. Halbjahr um knapp 189 (i. V. 174) dem Hochschwung in den Herbstmonaten bis auf über 210 zu danken war, stellt angesichts noch vielfach überalterter Maschinen und knapper Fachkräfte eine schöne Leistung dar. Bei einer gegenüber 1936 um rund 30% gestiegenen Bevölkerung wurden 1956 von der heimischen Textilindustrie je Kopf etwa 50% mehr Waren erzeugt als vor dem Kriege.

Investierungen sind dringend

Es ist die große Frage, ob ein solches Produktionsvolumen auch im neuen Jahre reichen wird. Der Massenkaufkraft muß das Angebot entsprechen, der kommenden Arbeitszeitverkürzung mit Lohnerhöhung die wachsende Produktivität. Es bleibt nichts anderes als die Zuflucht